

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

Tendenzwende in der Leistungsbilanz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (1981) : Tendenzwende in der Leistungsbilanz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 9, pp. 436-441

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135598>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tendenzwende in der Leistungsbilanz

Eckhardt Wohlers, Hamburg

Das Defizit in der deutschen Leistungsbilanz war in den ersten sechs Monaten dieses Jahres – auch aufgrund von Sonderfaktoren – noch einmal um rd. 2 Mrd. DM höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Der Vorjahrsvergleich verdeckt allerdings, daß es in laufender Betrachtung, läßt man saisonale Schwankungen außer acht, seit dem Frühjahr rückläufig ist. Handelt es sich dabei lediglich um ein vorübergehendes Phänomen, oder ist dies bereits Reflex eines auf nachhaltige Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits hinarbeitenden Anpassungsprozesses?

Ein wesentlicher Faktor der Leistungsbilanzpassivierung war die neuerliche Ölpreisexplosion in den Jahren 1979/80 und die damit verbundene Verschlechterung der Terms of Trade. Im Jahre 1980 war die „Ölrechnung“ – das ist die Einfuhr von Rohöl zuzüglich des Saldos von Ein- und Ausfuhr von Mineralölerzeugnissen – trotz eines kräftigen Rückgangs der Importmengen mit rd. 60 Mrd. DM um etwa 30 Mrd. DM höher als im Jahre 1978; in der ersten Hälfte dieses Jahres wurde das entsprechende Vorjahresniveau noch einmal um schätzungsweise 2 Mrd. DM übertroffen. Rein rechnerisch gehen somit etwa 60 % des „Swings“ in der Leistungsbilanz auf das Konto der Ölpreissteigerung. Gemessen an der gesamten außenwirtschaftlichen Energiebilanz¹ ist der Anteil der Energieverteuerung sogar noch etwas höher.

Eine solche Rechnung überzeichnet allerdings den Einfluß der Ölverteuerung auf die Leistungsbilanzentwicklung, da sie deren Sekundärwirkungen außer acht läßt. Unter Sekundärwirkungen sind, faßt man den Begriff relativ eng, die durch den Ölpreisanstieg ausgelöste Zunahme der Exporte in die Öllexportländer, der sogenannte Realtransfer, und die aus der Überwälzung ölpreisbedingter Kostensteigerungen resultierenden Preissteigerungen bei Exportgütern zu verstehen². Beide Faktoren mildern die von der Ölverteuerung ausgehenden Passivierungstendenzen.

Die Ausfuhren in die OPEC-Länder waren 1980 zwar um rd. 7 % niedriger als im Jahre 1978. Dies ist jedoch allein auf die Umwälzungen in Iran und die damit verbundenen erheblichen Exportausfälle – die Lieferungen nach Iran sanken von 1978 auf 1979 um rd. zwei Drittel – zurückzuführen. Die Ausfuhren in die übrigen OPEC-Länder erhöhten sich im gleichen Zeitraum um etwa 13 %. Auch die Lieferungen in andere ölexportierende Entwicklungsländer nahmen kräftig zu.

Die Überwälzung ölpreisbedingter Kostensteigerungen bei Exportgütern stellt im Grunde nichts anderes als eine nachträgliche „Korrektur“ der Terms of Trade dar. Ihr Ausmaß ist lediglich recht grob zu schätzen. Unterstellt man, daß alle Aggregate der letzten Verwendung in gleicher Weise von der Ölverteuerung betroffen sind, so spiegelt der Anteil der Ausfuhr an der letzten Verwendung näherungsweise auch ihren Anteil an den Mehraufwendungen für importiertes Öl wider.

Insgesamt dürften sich die Sekundäreffekte der Ölverteuerung in den Jahren 1979/80 in einer Größenordnung von – wegen des dämpfend zu Buche schlagenden Exporteinbruchs im Iran-Handel müßte man wohl sagen: nur – etwa 6 Mrd. DM bewegt haben³. Demnach wäre per Saldo also nur etwa die Hälfte der Leistungsbilanzpassivierung auf die neuerliche Ölpreisexplosion zurückzuführen. Unterscheidet man gar, wie es die Bundesbank tut, zwischen „normaler“ und „exzessi-

Dr. Eckhardt Wohlers, 37, Dipl.-Volkswirt, leitet die Forschungsgruppe Konjunkturanalysen und Prognosen (Inland) in der Abteilung Konjunktur, Geld und öffentliche Finanzen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

¹ Vgl. o.V.: Die außenwirtschaftliche Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, H. 7/1981, S. 18.

² Bei einer etwas weiteren Fassung des Begriffs Sekundärwirkungen müßten auch die ölpreisbedingte Verteuerung der Einfuhren aus anderen ölimportierenden Volkswirtschaften und ihre Auswirkungen auf die Leistungsbilanz berücksichtigt werden. Sie dürften jedoch kaum zu quantifizieren sein.

ver“ Ölpreissteigerung und lastet man nur der letzteren eine Mitschuld an der Leistungsbilanzpassivierung an, so reduziert sich dieser Anteil nochmals beträchtlich⁴.

Für die nicht auf die Ölverteuerung zurückgehenden Passivierungstendenzen in der Leistungsbilanz werden mehrere Faktoren verantwortlich gemacht:

- Ein Auslastungs- bzw. Wachstumsgefälle gegenüber dem Ausland;
- die reale Höherbewertung der D-Mark in den 70er Jahren, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf den In- und Auslandsmärkten beeinträchtigte;
- der kräftige Anstieg der Auslandsreisen, der zum Teil ebenfalls Reflex der Höherbewertung der D-Mark sein dürfte;
- die beträchtliche Ausweitung der Budgetdefizite und der Staatsverschuldung; und
- die deutliche Erhöhung des Ausgabenüberschusses in der Übertragungsbilanz, die zum großen Teil ebenfalls auf das Konto des Staates geht.

Wachstumsgefälle gegenüber dem Ausland

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre lagen die Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt um reichlich einen halben Prozentpunkt höher als in den für den deutschen Außenhandel wichtigen Industrieländern; bei Investitionsgütern war das Wachstumsgefälle sogar noch größer. Gegenüber einer gleichmäßigen Wachstumsentwicklung bedeutet dies letztlich – je nachdem, wo der „Gleichgewichtspfad“ gesehen wird – entwe-

³ Die Bundesbank kommt bei der Analyse der Auswirkungen der Ölverteuerung zu Sekundärwirkungen in einer Größenordnung von 8 Mrd. DM; ihre Definition des Begriffs Sekundärwirkung ist allerdings umfassender als die hier zugrunde liegende. Die Sekundärwirkungen wurden mittels eines ökonomischen Modells ermittelt, das die tatsächliche Entwicklung einer hypothetischen ohne Ölpreisschock gegenüberstellt. Vgl. o.V.: Der Einfluß des zweiten Ölpreisschocks auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, H. 4/1981, S. 16.

der „Wachstumseinbußen“ im Export oder „überhöhte“ Importe. So hätte nach Schätzung des Ifo-Instituts der Überschuß in der Handelsbilanz im Jahre 1980 um rd. 20 Mrd. DM höher sein können, wenn das Wachstum im Ausland in der zweiten Hälfte der 70er Jahre so stark gewesen wäre wie in der Bundesrepublik⁵.

Dauer und Umfang der aus einem Wachstumsgefälle resultierenden Passivierungsimpulse hängen nicht zuletzt von den Ursachen des ungleichmäßigen Wachstums ab. Ein konjunkturbedingtes Auslastungsgefälle führt in der Regel lediglich zu temporären Saldenverschiebungen; die Wirkungen auf die Leistungsbilanz heben sich über einen Zyklus hinweg weitgehend wieder auf. Dagegen können Unterschiede in der Bewältigung von Anpassungsprozessen, aber auch Differenzen in der Zielsetzung und Realisierung der Wirtschaftspolitik, durchaus zu länger anhaltenden Divergenzen im Wachstum führen. Beide Faktoren dürften in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine Rolle gespielt haben.

Realaufwertung der D-Mark

Die Realaufwertung der D-Mark in den 70er Jahren hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf den In- und Auslandsmärkten beeinträchtigt; das hat seine Spuren im Außenhandel hinterlassen. Auf der Einfuhrseite begünstigte die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter das Vordringen ausländischer Substitute auf den heimischen Märkten. Der Einfluß dieses Faktors läßt sich aber nur schwer abschätzen. Der Anstieg der Importquote bei Verbrauchs- und Investitionsgütern ist für sich genommen noch kein ausreichendes Indiz; sie ist auch schon in den 60er Jahren kontinuierlich gestiegen,

⁴ Die Bundesbank folgert daraus, daß die tatsächliche Verschlechterung der Leistungsbilanz zu einem erheblichen Teil die Folge anderer Faktoren als der Ölpreiserhöhung gewesen sei. Vgl. o.V.: Der Einfluß des zweiten Ölpreisschocks auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 16.

⁵ Vgl. Anneliese Hermann: Leistungsbilanzdefizit – Ursachen und Perspektiven, in: Wirtschaftskonjunktur, H. 1/1981, S. 5 f.

Tabelle 1
Entwicklung der Leistungsbilanz und ihrer Teilbilanzen
(Salden in Mrd. DM)

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 1. Hj.	Veränderung 1978-80
Handelsbilanz ¹	50,8	37,3	34,5	38,4	41,2	22,4	8,9	6,4	-32,3
darunter: „Ölrechnung“	-29,1	-26,8	-32,9	-32,4	-29,8	-45,1	-59,3	-31,1	-29,5
Ergänzungen zum Warenverkehr	-1,3	-1,2	-0,1	0,1	2,1	0,2	-0,1	0,2	-2,2
Dienstleistungsbilanz	-7,0	-8,3	-6,6	-10,8	-7,4	-11,5	-14,7	-8,4	-7,3
Übertragungen	-16,1	-17,9	-17,9	-18,2	-17,4	-20,7	-24,0	-12,5	-6,6
Leistungsbilanz	26,6	9,9	9,9	9,5	18,4	-9,6	-29,8	-14,4	-48,2

¹Ausfuhr fob, Einfuhr cif.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

als sich die D-Mark real abwertete. Immerhin spricht aber einiges für eine leicht beschleunigte Zunahme des Importanteils nach Beginn des Floatens; dies dürfte eine Reaktion auf die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gewesen sein.

In der Ausfuhr waren die Folgen der Realaufwertung weniger sichtbar; gemessen am Anteil am Weltexport von Gütern der Verarbeitenden Industrie hat die deutsche Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 70er Jahre jedenfalls kaum Weltmarktanteile verloren. Aufwertungsbedingte Marktanteilseinbußen auf „traditionellen“ Märkten wurden offenbar durch die Erschließung neuer Märkte, etwa in den OPEC-Ländern, weitgehend wettgemacht. Vieles spricht dafür, daß die Elastizität in bezug auf Änderungen der relativen Preise bei der Ausfuhr – nicht zuletzt aufgrund des hohen Investitionsgüteranteils und Vorteilen bei den sogenannten „Non-Price-Faktoren“ – niedriger ist als bei der Einfuhr. Die Einfuhr könnte deshalb auf die Realaufwertung der D-Mark stärker reagiert haben als die Ausfuhr.

Anstieg der Auslandsreisen

Der starke Anstieg des Defizits im Auslandsreiseverkehr – von 19,0 Mrd. DM im Jahre 1978 auf 25,8 Mrd. DM im Jahre 1980 – wird häufig ebenfalls als Ursache der Leistungsbilanzpassivierung angeführt. Er ist im Prinzip aber kein eigenständiger Bestimmungsfaktor. Denn Auslandsreisen sind im Grunde nichts anderes als ein sogenanntes „höherwertiges“ Konsumgut und weisen im wesentlichen die gleichen Einfuhrdeterminanten auf wie andere Güter dieser Gruppe. So erklärt sich das Anschwellen des Auslandsreiseverkehrs in

den 70er Jahren nicht zuletzt aus dem Anstieg der Realeinkommen im Inland und aus – zum Teil aufwertungsbedingten – Preisvorteilen des Auslands. Für die verstärkten Passivierungstendenzen im Auslandsreiseverkehr sind somit letztlich die gleichen Faktoren maßgebend, die zu einem Vordringen ausländischer Substitute auf den Inlandsmärkten geführt haben. Der Umstand, daß die Bundesrepublik – nicht zuletzt aus Standortgründen – im Reiseverkehr mit dem Ausland in hohem Maße „Nettoimporteur“ ist, begründet noch keine Sonderstellung dieses Faktors.

Ausweitung der Budgetdefizite

Eine „Mitschuld“ an der Passivierung der Leistungsbilanz wird schließlich auch dem starken Anstieg des Budgetdefizits und der Staatsverschuldung beigemessen. Zusammenhänge zwischen Staatstätigkeit und Leistungsbilanzentwicklung sind zweifellos vorhanden. Bestimmte Transaktionen des Staates⁶ schlagen sich unmittelbar in der Leistungsbilanz nieder, ein großer Teil der wirtschaftspolitischen Maßnahmen beeinflusst sie zumindest mittelbar. Direkte Auswirkungen der Staatstätigkeit finden sich in allen Teilbilanzen. So ist der Kauf von Rüstungsgütern im Ausland Teil des Warenimports. Die Aufwendungen für den diplomatischen Dienst und die Leistungen für ausländische militärische Dienststellen der Bundesregierung sind als „Regierungsleistungen“ Teil der Dienstleistungsbilanz, ebenso die Zinszahlungen für Kredite aus dem Ausland und Zinserträge aus Krediten an das Ausland. In der

⁶ Unter Staat werden hier die Gebietskörperschaften einschließlich der Sozialversicherung verstanden.

Tabelle 2
Staatstätigkeit¹ und Leistungsbilanz

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
I. Direkte Auswirkungen der Staatstätigkeit auf die Leistungsbilanz, Salden in Mrd. DM							
Handelsbilanz ²	-1,5	-2,1	-2,7	-1,4	-1,2	-1,9	-2,2
Dienstleistungsbilanz	6,7	6,8	6,9	6,8	7,8	7,9	8,9
Regierungsleistungen ³	6,0	6,2	6,2	6,3	7,2	7,2	8,0
Kapitalerträge ⁴	0,7	0,6	0,7	0,5	0,6	0,7	0,9
Übertragungen	-7,1	-8,8	-9,3	-10,2	-8,8	-11,2	-13,5
EG	-2,0	-3,7	-3,5	-3,5	-1,9	-4,0	-4,5
Sonstige	-5,1	-5,1	-5,8	-6,6	-6,9	-7,2	-9,0
Leistungsbilanz	-1,9	-4,1	-5,2	-4,8	-2,3	-5,2	-6,8
II. Indirekte Auswirkungen eines Budgetdefizits auf die Leistungsbilanz ⁵	-4,4	-18,9	-13,6	-9,6	-11,2	-14,4	-20,2

¹ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. ² Güter der Bundesregierung. ³ Von Regierungsstellen des In- und Auslands in Anspruch genommene bzw. erbrachte Leistungen; auf der Einnahmenseite vorwiegend Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. ⁴ Ohne Zins-einnahmen der Deutschen Bundesbank. ⁵ Den Berechnungen liegt eine Elastizität der wertmäßigen Einfuhr in bezug auf das nominale Brutto-sozialprodukt von 1,4 zugrunde. Es ist ferner unterstellt, daß das Budgetdefizit allein auf Käufe des Staates im Inland zurückzuführen ist.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Übertragungsbilanz werden schließlich alle (Netto-)Leistungen an die EG und andere internationale Organisationen verbucht.

Wie aus Tabelle 2 zu ersehen, ergaben sich bei den direkten Leistungsbilanzwirksamen Transaktionen des Staates in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wachsende Defizite; das hat zur Passivierung der Leistungsbilanz beigetragen. Dies gilt insbesondere für die öffentlichen Übertragungen, wo sich der Ausgabenüberschuß von 1978 bis 1980 um 4,3 Mrd. DM erhöhte. Zum Teil kommen darin allerdings auch Sonderfaktoren zum Ausdruck; so wird etwa der Schuldenerlaß an Entwicklungsländer als Übertragung gewertet.

Die mittelbaren Auswirkungen eines Budgetdefizits auf die Leistungsbilanz lassen sich demgegenüber nur schwer abschätzen. Zwar besteht insofern ein Zusammenhang, als zusätzliche, durch Kredite finanzierte Käufe des Staates im Inland indirekt auch die Nachfrage nach Auslandsgütern beeinflussen; über eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage induzieren sie einen Anstieg der einkommensabhängigen Einfuhren. In welchem Umfang es dadurch aber zu einer Passivierung der Leistungsbilanz kommt, hängt von mehreren Faktoren ab, so etwa von der gesamtwirtschaftlichen Importquote, aber auch von der Zielsetzung, die mit der Ausweitung der Staatstätigkeit verfolgt wird⁷. Schließlich müßte auch berücksichtigt werden, welche Entwicklung die heimische Wirtschaft und die Leistungsbilanz ohne die zusätzliche Nachfrage des Staates genommen hätten. So kann es letztlich nur eine Näherungslösung sein, wenn das Budgetdefizit⁸ mit zusätzlicher kreditfinanzierter Nachfrage des Staates gleichgesetzt und daraus mittels einer durchschnittlichen Einkommenselastizität der Einfuhr eine induzierte Importsteigerung abgeleitet wird. Die entsprechenden Zahlen finden sich ebenfalls in Tabelle 2⁹.

Mitschuld des Staates?

Der kräftige Anstieg dieser „defizitinduzierten“ Einfuhren in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist freilich nicht unbedingt mit einer Mitschuld des Staates an der Passivierung der Leistungsbilanz gleichzusetzen. Zumindest in den ersten Jahren nach der Rezession 1974/75 war er weitgehend Reflex der Bemühungen um eine Überwindung der Krise. Die eigentliche Ursa-

⁷ Vgl. dazu auch Gunther Tichy: Einige absorptionstheoretische Überlegungen zum österreichischen Leistungsbilanzdefizit, in: *Empirica*, H. 2/1977, S. 216 f.

⁸ Die genannten Berechnungen basieren auf dem Finanzierungssaldo des Staates.

⁹ Die Berechnungen unterstellen ferner, daß das Budgetdefizit allein auf Käufe des Staates im Inland zurückgeht, da eine Isolierung der „außenwirtschaftlichen“ Komponente des Defizits kaum möglich erscheint.

che war somit der Konjunkturinbruch, nicht aber die Reaktion der Wirtschaftspolitik darauf. Immerhin hat diese Politik dazu beigetragen, daß das Wachstum der Bundesrepublik in diesen Jahren im Durchschnitt höher war als bei den wichtigsten Handelspartnern; das schon angesprochene Wachstumsgefälle gegenüber dem Ausland geht nicht zuletzt darauf zurück. Dem Staat wäre in diesem Falle nur dann eine Mitschuld an der Leistungsbilanzpassivierung anzulasten, wenn das angestrebte Ziel mit anderen, „leistungsbilanzschonenderen“ Maßnahmen zu erreichen gewesen wäre¹⁰. Im nachhinein mag man dabei durchaus zu einem anderen Ergebnis kommen als aus der aktuellen Situation heraus.

Für die nachfolgenden Jahre dürfte dies allerdings nur noch in begrenztem Maße gelten. Denn die Defizite der öffentlichen Haushalte blieben auch dann hoch, als sich in den Jahren 1978/79 ein selbsttragender Aufschwung durchzusetzen begann. Das deutet auf eine wachsende „strukturelle“ Komponente innerhalb des Budgetdefizits hin. Eine strukturell überhöhte Staatnachfrage kann aber durchaus zur Passivierung der Leistungsbilanz beitragen, etwa indem sie Ressourcen bindet, die sonst zur Produktion von Exportgütern bereitgestanden hätten¹¹.

Zusammenfassend läßt sich somit sagen, daß die Passivierung der Leistungsbilanz auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückzuführen ist. Bereits vor dem neuerlichen Ölpreisschock ergaben sich Passivierungstendenzen aufgrund der Realaufwertung der D-Mark und eines Wachstumsgefälles gegenüber dem Ausland, zu dem auch die Ankurbelungspolitik des Staates beitrug. Hinzu kamen wachsende Ausgabenüberschüsse bei den direkten Leistungsbilanzwirksamen Transaktionen des Staates, insbesondere bei den Übertragungen. Diese Passivierungstendenzen wurden dann durch die drastische Ölvertenerung erheblich verstärkt, so daß der Überschuß in der Leistungsbilanz schließlich in ein Defizit beträchtlichen Ausmaßes umschlug.

Chancen für einen nachhaltigen Abbau

Der auf die Ölvertenerung zurückgehende Teil des Leistungsbilanzdefizits ist weitgehend struktureller Natur. Es handelt sich dabei nicht um eine Saldenverschiebung zwischen den Industrieländern, sondern um eine, von der alle Ölimportländer gleichermaßen – wenn auch nicht in gleichem Umfang – betroffen sind. Eine nachhaltige Verbesserung der Terms of Trade der

¹⁰ Vgl. dazu auch Karl Socher, Gerhard Lehner: *Budget und Zahlungsbilanz*, Wien 1980, S. 34.

¹¹ Vgl. Gunther Tichy, a.a.O., S. 217.

Industrie- gegenüber den Ölexportländern ist schon wegen der Stärke des Ölkartells wenig wahrscheinlich; dies könnte lediglich einzelnen Ländern – in heimischer Währung gerechnet – gelingen. Ein Abbau der öbedingten Leistungsbilanzdefizite ist deshalb, zumindest für die Ölimportländer insgesamt, auf Dauer nur durch Einsparungen beim Ölverbrauch oder durch Steigerung der Exporte in die Ölländer möglich.

Am Gütertransfer in die Ölländer dürfte die deutsche Wirtschaft schon aufgrund ihrer Angebotspalette auch weiterhin überdurchschnittlich teilhaben; ihr Angebot an hochwertigen Investitions- und Verbrauchsgütern kommt den Importwünschen dieser Länder entgegen. Außerdem hat sich durch das Wiedererstarken des US-Dollar und die damit einhergehende Schwächung der D-Mark die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf den Märkten der Ölländer deutlich verbessert. Die Ausfuhren in die Ölländer dürften somit weiterhin kräftig expandieren.

Auf der Gegenseite sind die Bemühungen um eine Drosselung des Ölverbrauchs nach wie vor groß und haben auch bereits deutliche Erfolge gezeigt. Schließt man weitere „exzessive“ Ölpreissteigerungen in den nächsten Jahren aus, so besteht somit durchaus die Chance, das Leistungsbilanzdefizit gegenüber den Ölländern bereits in den kommenden Jahren nachhaltig zu reduzieren.

Verbesserung der Wettbewerbsposition

Es sind aber noch weitere Anpassungsprozesse im Gange, die auf einen Abbau des Leistungsbilanzdefizits hinwirken; sie sind zum großen Teil eine Reaktion auf die Passivierung der Leistungsbilanz. So haben die wachsenden Leistungsbilanzdefizite wesentlich dazu beigetragen, daß die D-Mark trotz anhaltenden Inflationsgefälles gegenüber dem Ausland im Laufe des vergangenen Jahres zunehmend unter Abwertungsdruck geriet; in diesem Jahr verstärkte er sich noch. Seit Ende 1979 hat sich die D-Mark real um schätzungsweise ein Sechstel abgewertet¹². Dadurch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter auf den In- und Auslandsmärkten wieder erheblich verbessert. Dies ist zweifellos ein wichtiger Grund für den kräftigen Anstieg der Ausfuhren seit Herbst letzten Jahres. Wenn sich die Auswirkungen auf die Exporte relativ rasch einstellten, dann sicherlich wegen des erheblichen Ausmaßes der Verbesserung der Wettbewerbsposition und der Kürze des Zeitraums, in der sie sich vollzog.

Auch in der Einfuhr hat die Realabwertung der D-Mark bereits ihre Spuren hinterlassen. Es spricht vieles dafür, daß dadurch das Vordringen ausländischer

Substitute auf den Inlandsmärkten gebremst wurde. Ob allerdings bereits eine „Re-Substitution“ eingesetzt hat, muß vorerst dahingestellt bleiben. Der konjunkturbedingte Rückgang der Einfuhr dürfte durch die Realabwertung jedenfalls verstärkt worden sein. Der Wechselkursmechanismus hat somit – und bereits relativ schnell – zu einem „theorierechten“ Ergebnis geführt: In laufender Betrachtung hat sich der reale Ausfuhrüberschuß seit Ende letzten Jahres deutlich erhöht. Daß dies zunächst nicht auf die Leistungsbilanzentwicklung durchschlug, ist eine Folge des sogenannten „J-Kurven-Effekts“: Der Anstieg der realen Überschüsse wurde zunächst durch die mit der raschen und kräftigen Abwertung der D-Mark verbundene Verschlechterung der Terms of Trade überkompensiert. Inzwischen überwiegt aber der Mengeneffekt, so daß auch das Leistungsbilanzdefizit saisonbereinigt zurückgeht.

Herausbildung von Aufwertungserwartungen

Angesichts des nach wie vor bestehenden Inflationsgefälles gegenüber dem Ausland und eines rückläufigen Defizits in der Leistungsbilanz dürften sich zwar über kurz oder lang für die D-Mark wieder Aufwertungserwartungen herausbilden und so ein Umschwung in der Wechselkursentwicklung eingeleitet werden. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß die D-Mark – nach einer gewissen „Niveauekorrektur“ – wieder in eine Phase länger anhaltender Realaufwertung eintritt. Dagegen sprechen sowohl das neu gewonnene Vertrauen in den US-Dollar als auch die Abneigung gegen größere oder häufigere Wechselkurskorrekturen innerhalb des EWS. Auf mittlere Sicht dürfte sich etwa eine Konstanz des realen Wechselkurses ergeben.

Bei einer Konstanz des realen Wechselkurses entfallen zwar die bisher aus der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit resultierenden Impulse zum Ausgleich der Leistungsbilanz. An ihre Stelle treten aber neue, in die gleiche Richtung wirkende. Denn wenn man davon ausgeht, daß weiterhin ein Inflationsgefälle gegenüber dem Ausland fortbesteht, impliziert ein unveränderter realer Außenwert eine ständige Höherbewertung des nominalen Wechselkurses der D-Mark. Dies bedeutet aber letztlich eine Verbesserung der Terms of Trade und damit auch eine Entlastung der Leistungsbilanz.

Ein Wachstumsgefälle gegenüber dem Ausland besteht zwar nach wie vor, es dürfte sich in der letzten Zeit aber verringert haben. Eine völlige Nivellierung erscheint allerdings schon wegen der weit stärkeren Inflationsprobleme und der daraus resultierenden Wachs-

¹² Vgl. dazu auch HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg: Konjunktur von morgen, Nr. 590, 25. Juni 1981, S. 1 f.

tumshemmnisse in den meisten Industrieländern als wenig wahrscheinlich. Von dieser Seite her bleiben somit Passivierungstendenzen bestehen, wenn auch wohl nicht mehr in dem Umfang wie bisher.

Bei den leistungsbilanzwirksamen Transaktionen des Staates werden die Ausgabenüberschüsse wohl weiter zunehmen. Denn wegen der wachsenden Kapitalimporte werden die Zinsleistungen des Staates an das Ausland deutlich ansteigen. Auch bei den öffentlichen Übertragungen ist schon wegen der bestehenden internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik eine weitere Erhöhung des Defizits in den kommenden Jahren wahrscheinlich. Angesichts der prekären Haushaltslage dürfte der Anstieg aber schwächer ausfallen

als bisher. Schließlich werden mit der angestrebten Reduzierung der „strukturellen“ Defizite in den öffentlichen Haushalten auch mögliche Rückwirkungen dieses Faktors auf die Leistungsbilanz geringer werden.

Alles in allem dürften diejenigen Faktoren, die auf einen Abbau des Leistungsbilanzdefizits hinwirken, deutlich überwiegen. Schon in diesem Jahr wird es trotz des noch einmal etwas ungünstigeren „Halbzeitergebnisses“ im Jahresdurchschnitt mit einer Größenordnung von etwa 25 Mrd. DM merklich geringer ausfallen als im Jahre 1980. Im kommenden Jahr könnte dann die Leistungsbilanz mit einem Defizit abschließen, das bereits deutlich unter 20 Mrd. DM liegt. Dies wird auch auf den Devisenmärkten nicht ohne Eindruck bleiben.

WETTBEWERBSPOLITIK

Ruhe an der Kartellfront?

Bemerkungen zum Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamts

Michael Krakowski, Hamburg

Ende Juni hat das Bundeskartellamt seinen Tätigkeitsbericht für die Jahre 1979 und 1980 vorgelegt. In diesen Zeitraum fällt die vierte Kartellgesetznovelle vom April 1980, die die Eingriffsmöglichkeiten des Kartellamtes in einigen Punkten erleichtert und erweitert hat¹. Das Amt scheint mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in seiner neuen Fassung zufrieden zu sein, die Einführung einer Entflechtungsregelung etwa wird von der Kartellbehörde zur Zeit nicht für notwendig gehalten. Es herrscht „Ruhe an der Kartellfront“, wie es Wolfgang Kartte, der Präsident des Amtes, ausdrückte².

Über die Wirkungen der vierten Kartellgesetznovelle vom April 1980 läßt sich bisher noch wenig sagen, denn viele Einzelpunkte müssen erst durch höchstgerichtliche Urteile präzisiert werden. Das Kartellamt wird zur Klärung solcher Fragen Pilotverfahren anstrengen. Zu einigen Problemen der Auslegung nimmt die Behörde jedoch schon in ihrem vorliegenden Tätigkeitsbericht aus ihrer Sicht Stellung.

Im Berichtszeitraum hat es einige interessante Ereignisse gegeben, die teilweise zu einer Änderung der Strategie des Kartellamts geführt haben. Bei der Preismißbrauchsaufsicht hat die Wettbewerbsbehörde bis-

her wenig Erfolg gehabt. Insbesondere bei dem nach fünfjähriger Auseinandersetzung durch den Bundesgerichtshof im Jahre 1980 entschiedenen Fall Valium/Librium ist deutlich geworden, wie schwer ein Nachweis über erhöhte Preise zu führen ist, selbst wenn das Gericht das Vergleichsmarktkonzept im Prinzip anerkennt.

Preismißbrauch

Bei diesem Konzept, das seit der vierten Kartellgesetznovelle auch im GWB verankert ist, wird versucht festzustellen, welcher Preis sich auf einem Markt, auf dem kein wesentlicher Wettbewerb herrscht, im Falle von Konkurrenz einstellen würde. Dazu wird ein vergleichbarer zweiter – meist ausländischer – Markt ge-

Michael Krakowski, 28, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Assistent am Sozialökonomischen Seminar der Universität Hamburg.

¹ Vgl. zur Gesetzesnovelle Ingo Schmidt: Vierte Gesetzesnovelle verabschiedet, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 60. Jg. (1980), H. 4, S. 188-191.

² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 6. 1981.